

Kriegsgefahr im Land des Nobelpreis-Trägers

Nach dem Mord an einem Oppositionellen sterben in Äthiopien Hunderte bei Protesten. Ministerpräsident Abiy Ahmed regiert immer repressiver

PHILIPP HEDEMANN

BERLIN/ADDIS ABEBA – „Einige werden denken: Die diesjährige Auszeichnung wird zu früh verliehen.“ In seiner Begründung für die Verleihung des Friedensnobelpreises an den äthiopischen Ministerpräsidenten Abiy Ahmed ging das Friedensnobelpreis-Komitee im Oktober letzten Jahres gleich auf die erwartbare Kritik an ihrer Entscheidung ein. Heute ist sie berechtigt denn je. Im Land des einstigen Hoffnungsträgers eskaliert nach dem Mord an Hachalu Hundessa, einem beliebten Sänger und wichtigen Oppositionsaktivisten, die Gewalt. Abiy Ahmed lässt die Proteste brutal niederschlagen. Hunderte starben, Tausende Oppositionelle wurden verhaftet. Zeigt der zu Beginn seiner Amtszeit meist lächelnde Charismatiker jetzt sein wahres Gesicht?

Als Abiy Ahmed Ali am 15. August 1976 geboren wurde, wurden ihm die Voraussetzungen für Versöhnung mit in die Wiege gelegt. Sein Vater war Muslim und gehörte der größten äthiopischen Ethnie, den Oromo, an. Seine Mutter war Christin und Amharin, Angehörige der zweitgrößten Volksgruppe. 43 Jahre später wurde der Sohn des Paares für seinen internationalen Einsatz für den Frieden und die Beilegung des Grenzkonfliktes mit dem Nachbarland Eritrea mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Von der Abiy-Mania ist nicht mehr viel zu spüren

Als Abiy – in Äthiopien werden selbst Regierungschefs mit dem Vornamen angesprochen – am 2. April 2018 zum Regierungschef ernannt wurde, überraschte der bis dahin loyale Funktionär des seit 1991 mit eiserner Hand regierenden repressiven Systems Äthiopiens und die Welt mit einem atemberaubenden Reformtempo. Der jüngste Regierungschef Afrikas ließ Tausende von politischen Gefangenen und Journalisten frei, hob den Ausnahmezustand auf, öffnete das Land für ausländische Investoren, besetzte sein Kabinett zur Hälfte mit Frauen, begeistert sein Volk mit einer Rhetorik von Liebe und Versöhnung – und benedete nach über 18 Jahren den Krieg mit Nachbarland Eritrea. Dem Konflikt waren rund 80.000 Menschen zum Opfer gefallen, Abiy selbst hatte im Krieg als Soldat feindliche Stellungen ausgespäht.

Im zweitbevölkerungsreichsten Staat Afrikas brach eine regelrechte Abiy-Mania aus. Vor allem jungen Äthiopier verehrten Abiy in einem quasi-reli-



Nach dem Tod des oppositionellen Musikers Hachalu Hundessa explodierte die Gewalt in Äthiopien. Auch außerhalb Afrikas – wie hier in St. Paul im US-Bundesstaat Minnesota – protestierten Exil-Äthiopier. FOTO:STEPHEN MATUREN/GETTY IMAGES

giösen Personen-Kult. Mittlerweile ist davon nicht mehr viel zu spüren. Im Juni letzten Jahres entging der Vater von drei Töchtern in der Hauptstadt Addis Abeba nur knapp einem Anschlag mit einer Handgranate. Zwei Menschen starben, 156 wurden verletzt.

Seitdem Abiy regiert, hat die ethnisch motivierte Gewalt zugenommen, immer wieder kommt es im 110-Millionen-Einwohner-Land zu Toten, rund eine Million Äthiopier sind so zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden. Dass es im Viel-Völker-Staat mit mehr als 80 Ethnien und mindestens ebenso vielen Sprachen nun zu tödlichen Aus-



Sohn eines Muslims und einer Christin: Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed galt als Reformier, hat aber viel Kredit verspielt. FOTO: DPA PA

schreitungen kommt, liegt auch daran, dass sich unter der jahrzehntelangen Herrschaft der Tigray-Minderheit viel Hass und Frustration angestaut haben. Jetzt, da das totalitäre System der Überwachung und Unterdrückung der Entwicklungsdiktatur Äthiopiens teilweise zerschlagen ist, entladen diese Konflikte sich oft gewalttätig.

Seitdem am 29. Juni der beliebte Sänger Hachalu Hundessa (34) in einem Vorort der Hauptstadt Addis Abeba erschossen wurde, eskaliert die Gewalt erneut. Hachalu war Oromo. In seiner Musik thematisierte er oft das Gefühl seiner Volksgruppe, wirtschaftlich und politisch benachteiligt zu werden. 2018 wurden seine Lieder zu Hymnen der Protestbewegung, die zum Rücktritt von Abiy Vorgänger Hailemariam Desalegn führte.

Die Nachricht vom Tod des Sängers und Aktivisten verbreitete sich trotz staatlich verhängter Internetblockade rasend schnell, es kam in mehreren Landesteilen zu blutigen Protesten und oft ethnisch motivierten Unruhen. Nach of-

fiziellen Angaben wurden mindestens 239 Menschen – die meisten von ihnen Zivilisten – getötet und mehr als 3500 meist ohne Anklage verhaftet. Unter ihnen sind viele Oppositionsführer und regierungskritische Aktivisten.

Abiy ließ unmittelbar nach der Ermordung des populären Sängers verlautbaren, dass hinter dem Mord wohl „innere Feinde“ stünden, die das Land destabilisieren wollen. Auch fremde Mächte – ein unverhohlener Verweis auf Ägypten, mit dem Äthiopien sich gerade erbittert um die Befüllung eines gigantischen Nilstausees am Oberlauf des Flusses in Äthiopien streitet – könnten laut Abiy hinter dem Anschlag stehen. Elf Tage nach dem Mord gab die Polizei die Verhaftung von zwei Tatverdächtigen bekannt. Laut der äthiopischen Generalstaatsanwältin hätten sie gestanden, mit dem Mord zum Sturz der Regierung beitragen zu wollen.

Doch nicht wenige Äthiopier bezweifeln diese offizielle Version und den schnellen Fahndungserfolg. Annette We-

ber von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sieht eine Mitschuld dafür bei Abiy Ahmed. „Die Reaktion auf die Ermordung war eine Katastrophe. Um das seit seinem Regierungsantritt verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen, hätte Abiy eine unabhängige, internationale Untersuchungskommission einsetzen und nicht mit einer beispiellosen Verhaftungswelle reagieren müssen“, so die Äthiopien-Expertin.

Abiy scheint das politische Gespür verloren zu haben. Ein Attentat oder ein Putsch sind jetzt nicht unwahrscheinlich

Annette Weber, Stiftung Wissenschaft und Politik

Weber glaubt, dass der mittlerweile in weiten Bevölkerungsteilen verhasste Regierungschef, der ursprünglich für Mai geplante Wahlen zunächst auf den August und jetzt wegen der Corona-Pandemie auf unbestimmte Zeit verschieben ließ, nun auch ohne Wahlen um sein physisches und politisches Überleben fürchten muss. „Abiy scheint das politische Gespür verloren zu haben. Er hat die hohen Erwartungen, die anfangs so viele Äthiopier in ihn gesetzt haben, nicht erfüllt. Mit der Verhaftungswelle hat er sich sehr viele neue Feinde geschaffen. Ein Attentat auf Abiy oder ein Putsch sind jetzt nicht unwahrscheinlich, zumal er sich noch nie auf seinen Sicherheitsapparat und das Militär verlassen konnte“, so Weber.

Vielen Angehörigen des Militärs ging Abiy Reformier von Anfang an zu weit. Im Oktober 2018 stürmten aufgebracht Soldaten seinen Amtssitz. Der sportliche Ex-Soldat beruhigte die Meuterer, indem er mit ihnen Liegestütze machte. Im Juni 2019 scheiterte ein Putschversuch gegen die Regierung in der nördlichen Region Amhara.

Auch ein Bürgerkrieg im Land des amtierenden Friedensnobelpreis-Trägers scheint jetzt möglich. Annette Weber: „Das wäre natürlich das Worst-Case-Szenario, aber wenn Abiy nicht sehr bald auf seine Gegner zugeht und viele der zuletzt verhafteten Oppositionsführer freilässt, könnte es zu einer Implosion des politischen Systems kommen.“

Oregon klagt gegen Einsatz der US-Sicherheitskräfte

Gegen den Willen des Bundesstaates hat Washington Beamte nach Portland geschickt

WASHINGTON – Wird aus den USA eine „Bananenrepublik“ – oder hat das Land schlicht einen Präsidenten, der für Recht und Ordnung sorgt? Darum geht es beim erbitterten Streit um den Einsatz von Sicherheitskräften des Bundes gegen Demonstranten in Portland (Oregon). Die von Präsident Donald Trumps Regierung entsandten militarisierten Sicherheitskräfte – die ohne erkennbare Abzeichen und Namensschilder agieren – sind in Portland gegen den Willen der Stadt und des Bundesstaates im Einsatz. Oregons Justizministerin hat Klage gegen den Einsatz eingereicht. Portlands Bürgermeister Ted Wheeler forderte den Rückzug der Bundespolizisten.

In der Nacht zum Sonntag kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten, die gegen Rassismus und Polizeigewalt protestierten. Der Polizei von Portland zufolge wurden Mülleimer angezündet und ein Gebäude einer Polizeigewerkschaft gestürmt und in Brand gesetzt. In der Nacht zum Sonntagabend hatten die Kräfte des Bundes auch Tränengas gegen Demonstranten eingesetzt. Die Proteste in Portland begannen vor knapp zwei Monaten nach der Tötung des Afroamerikaners George Floyd bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis. Dabei kam es in Portland wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Der Einsatz von Sicherheitskräften der Bundesregierung gegen den erklärten Willen eines Bundesstaats oder einer Stadt ist sehr ungewöhnlich. Führende Demokraten werfen der Regierung vor, Oregon zum Spielball eines Wahlkampfes zu machen. Trump brüstete sich mehrfach damit, dass die Kräfte des Bundes die Situation in Portland unter Kontrolle gebracht hätten. „Wir leben in einer Demokratie, nicht in einer ‚Bananenrepublik‘“, erklärte die Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi. dpa



Portland: Sicherheitskräfte des Bundes gehen gegen Demonstranten vor. F. DPA

China warnt Großbritannien vor „gefährlichem Schritt“

London erwägt Verlegung eines Flugzeugträgers in den Pazifik

PEKING/LONDON – China hat Großbritannien vor der Stationierung eines Flugzeugträgers im Pazifik gewarnt. Eine mögliche Entsendung der „HMS Queen Elizabeth“ sei ein „sehr gefährlicher Schritt“, der die bereits angespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter verschlechtern könnte, sagte der chinesische Botschafter in Großbritannien, Liu Xiaoming, der Zeitung „Times“ vom Sonntagabend. Mit Blick auf den Austritt Großbritanniens aus der EU gehe er davon aus, dass „Großbritannien immer noch eine wichtige Rolle in der Welt spielen will“, wird der Diplomat weiter zitiert. „Das ist nicht der richtige Weg, um eine wichtige Rolle zu spielen“, fügte er hinzu. Er warnte London davor, sich mit den USA gegen China zu verbünden.

Die „Times“ hatte vor wenigen Tagen berichtet, die britische Regierung erwäge, den Flugzeugträger „HMS Queen Elizabeth“ im Rahmen einer internationalen Allianz gegen China „im Fernen Osten“ zu stationieren. Bei einer Umsetzung der Pläne würde das Kriegsschiff an militärischen Übungen mit Japan und den USA teilnehmen, hieß es.

Die Beziehungen zwischen London und Peking sind angespannt. Die britische Regierung kritisierte unter anderem das umstrittene sogenannte chinesische Sicherheitsgesetz zu Hongkong und sprach von einer „klaren Verletzung“ der Autonomie Hongkongs. Premierminister Boris Johnson hatte als Reaktion eine Lockerung der Einwanderungsgesetze für die Bewohner Hongkongs angekündigt, was Peking wiederum als eine „große Einmischung“ in seine inneren Ange-

legenheiten anprangerte. Johnson bezeichnete das Sicherheitsgesetz als „ernsthaften Verstoß“ gegen den britisch-chinesischen Vertrag zur Übergabe der ehemaligen Kronkolonie an die Volksrepublik im Jahr 1997. Zudem flüchtete der bekannte Hongkonger Demokratie-Aktivist Nathan Law nach Inkrafttreten des Gesetzes nach Großbritannien und hält sich seither in London auf. Das Sicherheitsgesetz erlaubt den chinesischen Behörden in Hongkong ein hartes Vorgehen gegen alle Aktivitäten, die nach ihrer Auffassung die nationale Sicherheit bedrohen. International besteht die Sorge, dass die von China vertraglich zugesicherten Freiheiten und demokratischen Rechte für Hongkong mithilfe des Gesetzes nach und nach abgeschafft werden sollen.

Für weitere Spannungen zwischen London und Peking sorgt der Ausschluss des chinesischen Telekommunikationsriesen Huawei vom weiteren 5G-Ausbau in Großbritannien, den die britische Regierung verkündet hatte. afp



Die „HMS Queen Elizabeth“. China warnt vor der Verlegung des Flugzeugträgers in den Pazifik. FOTO: DPA PA

Deutschland gibt mehr Geld für arme Länder

BERLIN – Die ärmsten Länder der Welt sollen in der Corona-Krise mit zusätzlichen zinslosen Krediten unterstützt werden. Deutschland sagte dafür bei einer Videokonferenz der G20-Finanzminister am Wochenende weitere drei Milliarden Euro als langfristiges Darlehen für ein Hilfsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu. Über eine Verlängerung der Stundung von Schulden wollten die großen Wirtschafts- und Schwellenländer der G20 später entscheiden, heißt es im Abschlusspapier. Bei der geplanten Besteuerung internationaler Digitalkonzerne soll eine Lösung bis Ende des Jahres gefunden werden.

2020 und 2021 stelle Deutschland insgesamt 8,7 Milliarden Euro für internationale Hilfsmaßnahmen bereit, teilte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) mit. Mit den zusätzlichen Mitteln setze man ein „starkes Signal der Solidarität“ und stehe denen bei, die besonders unter den Folgen der Corona-Pandemie litten.

IWF-Chefin Kristalina Georgiewa betonte, die ärmsten Staaten bräuchten Hilfe, vor allem wenn sie hohe Schulden hätten oder von Wirtschaftszweigen abhängen, die hart getroffen würden. Sie hoffe, dass die Initiative zur Stundung von Schulden, die bisher bis Ende 2020 geplant ist, verlängert werde und mehr private Gläubiger sich am Aufschub der Zinszahlungen beteiligten. Weltbankchef David Malpass sprach sich ebenfalls für eine Verlängerung bis Ende 2021 aus. Im Abschlusspapier sagten die G20-Staaten zu, eine Verlängerung „in Betracht zu ziehen“ und dabei die weitere Entwicklung der Krise zu berücksichtigen. dpa



RENAULT
Passion for life

KEINE MEHRWERTSTEUER! KEINE ZINSEN!

0 % Zinsen¹ + 0 % Mehrwertsteuer² = 100 % Renault



z.B.: der Renault TWINGO

für **89,- €** mtl.¹

Ohne Anzahlung

¹Fahrzeugpreis Renault TWINGO LIFE S&E 65 Start & Stop: 8.568,07 € (inklusive Rabatt in Höhe des Mehrwertsteueranteils²); Bei Leasing: Leasingsonderzahlung 0,- €, monatliche Rate 89,- €, Laufzeit 48 Monate (48 Raten à 89,- €), Gesamtleistung 40.000 km, eff. Jahreszins: 0,00 %; Sollzinssatz (gebunden): 0,00 %, Gesamtbetrag: 4.272,- € zzgl. 778,86 € Überführungskosten. Ein Leasingangebot für Privatkunden der Renault Leasing, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A., Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Gültig bis 31.08.2020 und nur solange der Vorrat reicht, Bonität vorausgesetzt.

²Beim Kauf dieses Modells mit einem Barpreis von 10.128,06 € gewähren wir Ihnen einen Rabatt in Höhe des Mehrwertsteueranteils, der im jeweiligen Bruttokaufpreis enthalten ist. Dieser Rabatt entspricht einer Minderung von 13,79 % des Bruttokaufpreises. In der Rechnung wird die Mehrwertsteuer auf Grundlage des reduzierten Nettokaufpreises ausgewiesen. Käufer sind jedoch nicht berechtigt, die Erstattung des auf dem Kassenbon ausgewiesenen Mehrwertsteueranteils zu verlangen. Gültig für Privatkunden und für Zulassungen vom 01.07.2020 bis 31.08.2020.

Renault Twingo S&E 65, Benzin, 48 kW: Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts: 5,3; außerorts: 3,8; kombiniert: 4,4; CO2-Emissionen kombiniert: 100 g/km; Energieeffizienzklasse: B. Gesamtverbrauch der beworbenen Modelle kombiniert (l/100 km): 5,7 – 3,6; CO2-Emissionen kombiniert: 119 – 94 g/km, Energieeffizienzklasse: C – A (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).

RRG
Groupe Renault

RENAULT RETAIL GROUP DEUTSCHLAND GMBH
Fennpfuhl | Weibenseer Weg 32 | 13055 Berlin
Tempelhof | Germaniastraße 145 – 149 | 12099 Berlin
Reinickendorf | Roedernallee 171–173 | 13407 Berlin
Pankow | Blankenburger Straße 85–105 | 13156 Berlin

NIEDERLASSUNGEN BERLIN
www.renault-retail.de/berlin